Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen. Die achtgespaltene Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärtige Anzeigen je mm 12 Gr. Reklame-mm 40 Groschen. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2

Fernsprecher Nr. 501 — Fernsprecher Nr. 501

Nr. 2 — **Dienstag, den 3. Januar 1928** — **46. Jahrgang**

Neujahrsempfang beim Staatspräsidenten

Empfang des diplomatischen Korps — Kardinal Kakowski gratuliert

Warschau. Auf dem Königlichen Schloß vollzog, wie alljährlich, der Staatspräsident den Neujahrsempfang des diplomatischen Korps gegen 10 Uhr morgens. Vorher hatte der Kardinal **Kakowski** dem Staatspräsidenten und dem Ministerpräsidenten die Neujahrswünsche der katholischen Kirche Polens überbracht. In Gemeinschaft mit Pilsudski und dem Chef des diplomatischen Korps empfing dann der Staatspräsident die in Warschau akkreditierten Vertreter ausländischer Mächte, wobei der französische Gesandte als erster seine Neujahrswünsche vortrug. Alsdann folgten die anderen Diplomaten, die sich später besonders lebhaft mit dem Ministerpräsidenten unterhielten. Nach einer kurzen Ansprache des Staatspräsidenten an die ausländischen Vertreter in Warschau, begab sich der Staatspräsident in Gegenwart des Ministerpräsidenten und einiger Kabinettsmitglieder in die Räume des Schlosses, wo mit Neujahrsgratulationen die Vertreter der Geistlichkeit, der Gerichtsbehörden und der Militärverwaltung empfangen wurden, dem sich noch der Empfang ziviler Kreise anschloß.

Janusz Radziwill Botschafter in Berlin?

Warschau. Polnische Rechtsblätter bringen die Nachricht, daß Fürst Janusz **Radziwill** zum polnischen Vertreter in Berlin ernannt werden soll. In diesem Zusammenhang sollen auch die bisherigen **Gesandtschaften** beider Staaten in den Rang von **Botschaften** erhoben werden. Fürst Janusz Radziwill wurde schon wiederholt zur Berufung auf einen hohen Diplomatenposten erwähnt. [illegible] wurde damals **Rumänien** genannt, später auch Berlin. Radziwill ist ein besonderer Vertrauter Pilsudskis, der auch den Ausgleich zwischen Großgrundbesitz und den Trägern des Maiumsturzes vermittelt und herbeigeführt hat. Die Umwandlungen der Gesandtschaften in Botschaften dürfte noch einige Zeit auf sich warten lassen, doch liegt es im Bestreben der polnischen Regierung, Polen als **Großmacht** bei seinem westlichen Nachbarn durchzusetzen.

Abrüstung und Revision der Friedensverträge

London. Das Jahr 1927 bezeichnet **Garvin** in einem längeren Rück- und Ausblick im „Observer“ als das Jahr der verpaßten Gelegenheiten, innenpolitisch in erster Linie vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus. Außenpolitisch sei der Fehlschlag der Genfer Flottenabrüstungskonferenz der schwerste Fehler einer britischen Regierung seit Jahrzehnten gewesen. Die Freundschaft mit Amerika müsse das erste Ziel der britischen Außenpolitik sein und Genf sei wieder gutzumachen, wenn die britische Regierung fortfahre auf amerikanische Flottenbauten durch weitere britische Einschränkungen zu antworten. Diese Flottenreduzierung auf britischer Seite sei aber nach Garvin auf der Maßnahme für die Aussichten einer allgemeinen Abrüstung. Auch der positiven Seite der letzten Jahresbilanz verzeichnet Garvin den überraschenden und fast unglaublichen Fortschritt Deutschlands der in mehr als einer Hinsicht ein leuchtendes Beispiel für England sei. Ohne Verminderung der Rüstungen gebe es keine Steigerung der Sicherheit, ohne Revision des Versailler Vertrages keine ausreichende Sicherheit. Aber im Augenblick betrachtet Frankreich jede mögliche Vertragsrevision als eine Sicherheitsverminderung. Die Rheinlandbesatzung belaste die europäische Politik die Zukunft des Dawesplanes bleibe ungewiß. Ohne eine vollständige Verständigung zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland könne es keine dauerhafte Regelung in Europa auf der Basis eines gesicherten Friedens geben. Garvin schließt damit, es bestehe guter Grund für die Annahme, daß das Jahr 1928 ein Jahr der Prosperität und der Förderung der allgemeinen Verständigung werde. Voraussetzung hierfür sei aber, daß die Fehler des Jahres 1927 nicht wiederholt werden und daß auf allen Seiten der Wille zur Verständigung und zum Ausgleich vorherrsche.

Friedensrevision muß möglich sein

Paris. Im „**Populaire**“ schreibt **Zyromski** über die Frage der Friedensrevision. Er fragt: Kann man etwa leugnen, daß die 1919 von den verschiedenen französischen Regierungen — gleichviel ob nationaler Block, Kartell der Linken oder nationale Einigung — abgeschlossenen **Sonderabkommen** mit der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien und Südslawien zum wesentlichen Gedanken die Gruppierung dieser Staaten um Frankreich mit dem Ziel **gemeinsamer Garantierung** der absoluten Unantastbarkeit ihres territorialen und politischen Status gehabt haben? Was bedeutet also, daß die in Artikel 19 des Völkerbundsstatuts vorgesehene Prozedur zur **friedlichen Revision der Verträge** von vornherein durch das Einverständnis der Staaten **verriegelt** worden ist, die die genannten Sonderabkommen unterzeichnet haben?

Scharfe Kampfansage in Rumänien

Bukarest. In einer Sitzung des Bezirksrates der nationalen Bauernpartei von Kimpolung erklärte der Vizepräsident der nationalen Bauernpartei, Michalski, u. a. daß man am Vorabend des Entscheidungskampfes stehe. Für die nationale Bauernpartei habe die Regierung keine Berechtigung mehr, da König Ferdinand, nach dessen Willen Joel Bratianu die Regierung übernommen habe, nicht mehr lebe. Der Regentschaftsrat könne seinen persönlichen Willen dem Lande nicht aufoktroyieren. Auf die Diktatur zu sprechen kommend, führte Michalake u. a. aus: Im Jahre 1922, als die Liberalen zur Macht gelangt seien, hätten sich viele gesagt, die Liberalen seien nicht ehrlich und nicht populär, aber sie hätten Verbindungen zu politischen und finanziellen Kreisen des Auslandes und würden eine Konsolidierung herbeiführen können, weswegen man ihre Diktatur ertragen müsse. Nunmehr nach 5 Jahren hätten die Liberalen fast ihre gesamte Autorität verloren. Wenn die Auffassung einer Regierung sich als falsch herausstelle, so könne sie nicht einmal 24 Stunden am Staatsruder bleiben. Die finanziellen Versprechungen Vintill Bratianus würden von ihm selbst nicht gehalten. Zusammenfassend erklärte der Redner, daß der Regierung die Grundlage entzogen sei. Die Regierung könne heute keine Unterstützung mehr vom Regentschaftsrat verlangen. Keine soziale Klasse, nicht einmal die Bankiers, gewährten der Regierung Vertrauen. Es sei ausgeschlossen, daß die Liberalen im Kampfe der nationalen Bauernpartei standhalten würden. Diese Erklärung hat in Regierungskreisen großes Aufsehen erregt.

Der Zeitpunkt der französischen Wahlen

Paris. Der „**Matin**“ glaubt mitteilen zu können, daß für den 1. Wahlgang der französischen Wahlen endgültig der 22. April und für den **zweiten Wahlgang** der 29. April festgesetzt sind

Der Koalitionsgedanke in Oesterreich

Wien. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ hat eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens um ihre Ansicht über die Möglichkeit und den Wert einer Koalition in Oesterreich befragt. Bemerkenswert ist, daß der christlichsoziale Führer Kunschak, der noch vor wenigen Tagen die Koalition glatt abgelehnt hatte, nunmehr von den „Voraussetzungen“ einer Koalition sprach. Er verlangte, daß die Sozialdemokraten **nicht nur** in der Wiener Gemeindeverwaltung, sondern in allen Gemeindevertretungen Oesterreichs „durch ihr Verhalten bekunden mögen, daß es ihnen um ein gemeinsames Arbeiten der zwei großen Parteien ehrlich zu tun ist.“ Ueber eine Koalition, die nur im Nationalrat zustandekomme, sei **nicht** zu reden. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. **Renner** führte aus, er für seine Person werde die Friedensoffensive fortsetzen. Der katholische Priester Dr. **Pfliegler** erblickt in einer Koalition die Beseitigung des Hindernisses einer Zusammenarbeit von Proletariat und Kirche. Der Präsident des Wiener Landesgerichts, Dr. **Altmann**, setzte auseinander, eine Koalition würde für alle Lebensverhältnisse in Oesterreich von **großem Vorteil** sein. Aehnlich äußerte sich der Universitätsprofessor **Halbahn**. Der Schriftsteller **Musil** und der Komponist Wilhelm **Kienzl**, sowie hervorragende Kaufleute erklärten, sie seien überzeugt, **nur durch ein Zusammenwirken** der bürgerlichen Parteien mit den Sozialdemokraten könne die **Zukunft Oesterreichs gesichert werden**. Kurz, alle Persönlichkeiten, die dem politischen Parteigetriebe fernstehen, stimmten dem Koalitionsgedanken unbedingt zu.

Amerikanische Aktivität im Vorderen Orient

Jerusalem, Mitte Dezember.

Mit überaus großer Leidenschaft beschäftigt sich in den letzten Tagen die gesamte ägyptische Presse mit der allmählich den Charakter eines sogenannten Zwischenfalls annehmenden Angelegenheit von Tsana. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Schon seit längerer Zeit kursierten Gerüchte in Aegypten, wonach die abessynische Regierung mit amerikanischen Unterhändlern bezüglich Errichtung einer großen Stauanlage am Blauen Nil, dort, wo er aus dem Tsanasee tritt, verhandele. Es wurde sogar von erstaunlich gewaltigen Summen gesprochen, die, wenn sie vielleicht auch nicht die Millionenhöhe erreichen werden, in der sie die Phantasie sieht, dennoch immerhin die Kosten eines der größten Staudämme der Welt darstellen werden. Als nun plötzlich die Nachricht eintraf, daß der Vertreter der abessynischen Regierung, Dr. Martin, in Neuyork mit der J. G. Withe Engeneering Company abgeschlossen hätte, begann augenblicklich in der ägyptischen Presse eine Kampagne gegen die Regierung, der sträfliche Nachlässigkit in dieser Angelegenheit, durch deren Abschluß sie überraicht worden sei, vorgeworfen wird. Seit 1902, heißt es, bemühen sich englische und amerikanische Kreise um die Erlangung der Tsanakonzession, immer und immer wurden die verschiedenen ägyptischen Regierungen auf die Sache aufmerksam gemacht und stets verschoben sie ihre Einflußnahme auf einen späteren Zeitpunkt, bis es nun zu spät wurde. Aegypten, wird argumentiert, hänge vom Wasserzufluß aus dem Blauen Nil, in hervorragendem Maße ab, und wo immer daher über Nilwasser verhandelt wird, müsse Aegypten mitsprechen. Sollte nun das Tsana-Projekt ohne Arrangement mit dem Nilkönigreich zur Tat werden, dann stehe Aegypten vor einer ernsten Lebensgefahr, da dieser Damm von Tsana ihm jederzeit den Nil absperren könne.

Die ägyptliche Presse, wenn auch ein wenig übertrieben wird, hat nicht unrecht. Schon in den ältesten Zeiten haben aus der gleichen Argumentation Herrscher des Nillandes sich bemüht, den Tsanasee, der mit seinen etwa 4 Milliarden Kubikmeter Wasser, dieses Land tatsächlich zum größten Teil versorgt, selbst unter Kämpfen mit Abessynien in ihre Einflußsphäre zu bringen, bis es dem großen Chedive Ismanuel beinahe geglückt wäre. Unter diesem Aspekt muß natürlich der — wie es sich eben herausstellt, noch nicht unterzeichnete — Vertrag mit Amerika den Aegyptern als Verletzung ihrer tausendjährigen Rechte erscheinen.

Wenn nun auch der projektierte Vertrag dem englisch-abessynischen Abkommen vom 15. Mai 1902 widerspricht, demzufolge am Tsanasee keine Wassersperre ohne Einverständnis mit der britischen Regierung als Verwalterin des Sudan errichtet werden darf, hütete sich die ägyptische Presse natürlich, die Engländer gegen Abessynien auszuspielen, denn dies hieße, England als Herrn des Sudan anerkennen. So versucht man es mit verschiedenen Vorschlägen an die Adresse der abessynischen Regierung, das Geschäft mit einem anderen Staat zu machen, worunter u. a. Deutschland verstanden werden kann, doch lehnt dieselbe unter Begleitung einer sehr friedfertigen Verbeugung gegen Aegypten diese Vorschläge durch den Mund ihres Vertreters ab, der rundheraus erklärte: „Deutschland hält heute Frieden, in der Zukunft aber wird es den Kopf erheben und wird Kolonien bekommen wollen, wie vor dem Krieg. Und darum kann es uns gefährlich werden.“ ... Selbstverständlich hat die Angelegenheit auch in englischen Kreisen gewisse Nervosität erzeugt — die sehr kühle Verabschiedung des Ras Tafari anläßlich seines letzten Besuches in London war ein recht deutliches Vorzeichen dafür, — doch scheint für England noch nicht der richtige Zeitpunkt gekommen zu sein, mit seinen großen Trümpfen herauszurücken, denn hier handelt es sich ja als Spielpartner nicht um ein afrikanisches Königreich, sondern um die Vereinigten Staaten von Amerika. Und wenn auch der abessynische Vertreter eine Verbeugung vor England macht — was soll er anderes während seines Aufenthaltes in der englischen Hauptstadt tun? — in dem er sagt: „Wir bauen den Damm in erster Linie für die englische Regierung, die ihn für den Sudan braucht, doch werden wir diese Angelegenheit als erledigt betrachten, wenn sie sagt, daß sie ihn nicht will,“ ist die Sache doch ein Streitfall nicht zwischen Abessynien und Aegypten, sondern zwischen Manchester und Liverpool einerseits und Amerika andererseits. Natürlich erkennt dies Abessynien, so daß es verständlich ist, daß es Amerika die Konzession in erster Linie aus Furcht vor Englands Ambitionen im Lande des großen Menelik gibt. Aber auch Aegypten ist so weit im Bilde, daß die führende Zeitung „Balagh“ schreiben kann: „Nun, da Amerika seine Hand im Geschäft hat, sollen wir davon Gebrauch machen. Warum dürfen wir nicht die Zeichen der Zeit verstehen, besonders da England auf unsere Lebensinteressen keine Rücksicht nimmt?“

Und diese Zeichen der Zeit sind tatsächlich nicht zu verkennen, denn nicht allein in der Tsana-Angelegenheit tritt Amerika nachdrücklich und sehr agil auf den Plan des Vorderen Orients, sondern gleichzeitig auch auf der Aegypten, resp. Abessynien gegenüberliegenden arabischen Seite des Roten Meeres. Es hat verstanden, in der Person seines jetzt zum Generalkonsul für ganz Arabien ernannten Vertreters Park eine Persönlichkeit ausfindig zu machen, die es zu Wege gebracht hat, in ganz unglaublich kurzer Zeit die Handelsbeziehungen der Vereinigten Staaten zu Arabien ganz bedeutend zu heben. Das Zentrum dieser Bestrebungen ist eine mit dem respektablen Kapital von 30 Millionen Dollar gegründete amerikanische Handelsgesellschaft in Aden, die, nachdem sie in der abessynischen Hauptstadt und im yemenischen Hafen Hodeida Filialen errichtet hat, nun daran geht, solche auch im Hidjas und im Somaliland einzurichten. Diese Bemühun-

gen der Union, die, ob beabsichtigt oder nicht, den britischen Handel empfindlich treffen müssen, geschehen unter den denkbar günstigsten Auspizien, denn Amerika ist das einzige Land, dem der in den letzten Jahren sehr mißtrauisch gewordene Orient mit offenen Herzen entgegenkommen zu können glaubt. Diese politisch günstige Situation nützt der amerikanische Vertreter natürlich bis zur Neige aus, indem er seine Verbindungen mit dem Imam Jahya von Jemen und mit dem Ras Tafari von Abessinien in der feierlichen und leicht glaubhaften Erklärung verankert, daß Amerika mit offenen Händen und in der guten Absicht, durch die Anbahnung von Handelsbeziehungen den Völkern des Ostens zu helfen nach dem Orient komme. Es ist klar, daß eine solche Versicherung die Staaten des Nahen Ostens bestechen muß und sehr geeignet ist, den britischen Einfluß zugunsten des Landes zu schädigen, dessen Vertreter die unbedingte Uninteressiertheit seines Staates an Kolonialabenteuern stets in den Vordergrund stellt.

Wie klar die Sitauation ist, mag man also nicht nur aus den Vorkehrungen der Union, sowohl im Yemen wie in Hidjas Konsulate zu errichten, erkennen, sondern auch aus ihrer offenkundigen Unterstützung der Withe-Gesellschaft einmal einen ganz überraschenden Nutzen ziehen können, der nicht zum kleinsten Teil auf politischem Gebiet liegt, wobei aber nicht vergessen werden möge, daß selbst bei größter politischer Uneigennützigkeit der Union gewisse Gefahren, die in der amerikanischen Mentalität begründet sind, sich für die Länder des Orients ergeben können; denn nicht jedes Volk verträgt den Amerikanismus ohne an seinem Herzen Schaden zu nehmen.

C. G.

Die Berliner Botschafter und Gesandten der fremden Mächte zum Jahreswechsel

Köln. Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht aus Anlaß des Jahreswechsels eine Reihe von Botschaften der Berliner diplomatischen Vertreter ausländischer Mächte. Der Botschafter Groß-Britanniens, Sir Ronald Lindsay, beschäftigt sich u. a mit dem Friedensproblem und der Frage der Zusammenarbeit der führenden Staatsmänner. Der Friede beruhe auf dem internationalen sittlichen Denken, jedweden Individuums selbst des geringsten. Es sei Pflicht jedes Deutschen und jedes Engländers die den Krieg als eine gemeinsame Tragödie empfunden hätten, ihre eigenen Gefühle dahin zu lenken, daß Friede nicht nur ein Erschöpfungszustand nach einem Kriege, sondern ein Zustand aufgeklärten Geistes sei, der für die jüngere Generation zu einem unauslöslichen Bestandteil ihres moralischen Seins werden werde.

Der türkische Botschafter Kemal Eddin Sami Pascha schreibt u. a.: „Wenn die Völker in Ruhe und Frieden leben wollen, müssen sie auf ihre leitenden Männer eine stärkere und wirksamere Kontrolle ausüben als bisher.“

Der russische Botschafter Krestinski beginnt mit einem Hinweis auf die Litwinowschen Abrüstungsvorschläge, für deren Unausführbarkeit noch niemand den Beweis erbracht habe. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland hätten sich erfolgreich entwickelt. In politischer Beziehung könne man feststellen daß sich der Abschluß des Berliner Vertrages vom 24. April 1926 vollständig bewährt habe. Auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern hätten sich im Laufe des vergangenen Jahres noch vertieft.

Der spanische Botschafter Fernando Espinosa de Los Monteros hebt die gute Entwickelung der deutsch-spanischen Handelsbeziehungen als Ergebnis des Vertrages von 1926 hervor.

Der tschechoslowakische Gesandte Dr. F. Zhvalkowsky überschreibt seine Ausführungen. Auf dem Wege der Zusammenarbeit. Der feste Glaube der politischen Führer an die positive Mitarbeit und Mitverantwortung habe bei der Mehrheit der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei volles Verständnis gefunden.

Der finnische Gesandte Wäinö Wuolijoki widmet sich den seit langem guten und freundschaftlichen Beziehungen der finnischen Presse zur deutschen Presse.

Der Gesandte der Republik Argentinien Federico M. Quintana weist auf die herzlichen Beziehungen zwischen Argentinien und Deutschland hin. Der Geist aufrichtiger Herzlichkeit habe im politischen Leben einen getreuen Widerschein der gegenseitig gehegten tiefgehenden Wertschätzung offenbart.

Bemerkenswert sind auch die Ausführungen des litauischen Gesandten Venceslas Sidzikauskas, die litauische Regierung so schreibt er, widmet der Pflege und dem Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen mit dem deutschen Reiche, die durch die geographische Lage und die wirtschaftliche Struktur beider Länder bedingt sei, besondere Aufmerksamkeit. Das Ergebnis der deutsch-litauischen Wirtschaftsverhandlungen werde in Litauen mit Spannung und Hoffnung erwartet.

Der Gesandte der Republik Polen Kazimierz Olszowski stellt fest, daß gewisse Anzeichen zu der Feststellung berechtigten, daß die diesjährige Bilanz im allgemeinen günstiger sei, als die der verflossenen Jahre.

Der griechische Gesandte Euthymios Canellepoulos schreibt u. a.: Die Solidarität der Balkanvölker könnte sich auch eine Solidarität Europas anpassen, was das einzige wäre, was dem Frieden und dem Fortschritt der Völker dienen könnte.

Oesterreich und die Südtiroler Frage

Wien. Im Nationalrat hatte kürzlich Bundeskanzler Dr. Seipel eine sozialdemokratische Anregung, die dahin geht, es möge Material über Südtirol gesammelt und dem Völkerbund vorgelegt werden, mit der Begründung abgelehnt, dies könne von Italien als unfreundliche Handlung aufgefaßt werden. Nunmehr richtet der Andreas Hofer-Bund, an dessen Spitze P. Innerhofler steht, einen offenen Brief an den Bundeskanzler, worin es u. a. heißt:

„Im Sinne der Friedensverträge hat die österreichische Regierung das Recht und nach der Meinung fast des gesamten österreichischen Volkes sogar die Pflicht, hier ihre Stimme zu erheben und Abhilfe zu verlangen. Dies kann von Italien nicht als unfreundliche Handlung erklärt werden, schon deshab nicht, weil der italienische Ministerpräsident Mussolini selbst als Abgeordneter sagte, daß die Friedensverträge dort, wo sie Ursache von Haß und Unfriede sein können, zu revidieren und zu mildern seien, und diese Worte als Ministerpräsident mit den Aus prüfen bekräftigte, daß Verträge nicht ewig, sondern abänderliche Kapitel der Geschichte seien. Mussolini selbst weist Ihnen, Herr Bundeskanzler, mit diesen Worten den Weg; seinen Rat zu befolgen, kann er kaum als unfreundlich bezeichnen.“

Am Schluß des offenen Briefes wird die Erwartung ausgesprochen, daß der Bundeskanzler die Südtiroler Frage vor dem Völkerbund aufrollen und einer erträglichen, vorteilhaften Lösung zuführen werde.

Mussolini prophezeit

Berlin. Wie ein Berliner Blatt aus London meldet, veröffentlicht „Sunday Cronicle“ eine Neujahrserklärung Mussolinis, in der dieser für das Jahr 1928 große politische Veränderungen voraussagt. Die Welt werde das durch den Krieg verloren gegangene moralische Gleichgewicht wiederfinden und zwischen den Völkern werde eine Verlängerung zustandekommen, wie nie zuvor.

Die Zusammenkunft Mussolinis-Briand

Wien. Das „Neue Wiener Tageblatt“ meldet aus Rom, daß nach offiziösen Informationen die Zusammenkunft Mussolini-Briand zwischen dem 18. und 22. Januar stattfinden wird und zwar vor dem Zusammentritt der nächsten Völkerbundsratstagung.

„Petroleum“

Belgrad. Der Untersuchungsrichter des Belgrader Gerichtshofes hat infolge der Anklage der Staatsanwaltschaft die Belgrader Filiale der Standard-Oil-Company wegen falscher Bilanzaufstellung, falscher Steuerangabe und falscher Angabe des eingezahlten Aktienkapitals unter Anklage gestellt. Die Klage hat in allen wirtschaftlichen und industriellen Kreisen Belgrads große Sensation hervorgerufen, zumal die Verwaltung und Aufsichtsräte angesehene Industrielle sind.

Parker Gilbert verlangt erneut Festsetzung des Reparationsbetrages

Neuyork. Wie Associated Preß aus Washington meldet, gab Parker Gilbert dort erneut seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß eine wirkliche Lösung der Reparationsfrage erst eintreten könne, wenn man sich über einen festen Betrag geeinigt habe. Er erklärte über die Höhe dieses Betrages müßten die Fachmänner entscheiden, lehnte es aber ab, eine Erklärung darüber abzugeben, wann nach seiner Ansicht dieser Schritt erfolgen müsse.

Parker Gilbert besuchte auch Schatzmeister Mellon, um mit ihm die Reparationslage durchzusprechen. Dabei berichtete Gilbert auch über seinen Besuch bei Poincaree, wobei Mellon betonte, daß die amerikanische Regierung sich auf Verkoppelung von Schulden und Reparationen und weitere Herabsetzung der internationalen Schulden keinesfalls einlassen könne. Gilbert bleibt bis zum 2. Januar Mellons Gast, um die Besprechungen fortzusetzen. Die Konferenz mit Coolidge wird wahrscheinlich am Montag stattfinden, dann plant Gilbert nach Neuyork abzureisen.

Der Kampf gegen die elsässischen Autonomisten

Paris. Der Kampf der französischen Behörden gegen die elsässische Autonomiebewegung geht weiter. So wird aus Straßburg die Verhaftung des elsässischen Lehrers Wurtz in Dorlisheim und des Straßburger Malers Solveen gemeldet. Wurtz war Mitarbeiter mehrerer den Autonomisten freundlichen Blätter. Dem „Journal“ zufolge soll er den Kreisen derjenigen Persönlichkeiten angehören, die im gegebenen Augenblick die „militärische Aktion gegen das französische Elsaß“ einleiten sollten. Solveen war ein Freund von Pinck Hauß und angeblich auch von Röchling. Er war ebenfalls schriftstellerisch für verschiedene elsaß-lothringische Zeitungen tätig. Ferner wurde ein Haftbefehl gegen den sich angeblich in Deutschland aufhaltenden früheren Straßburger Bankiers Pinck erlassen. Diesem werden Verbindungen zu dem Herausgeber der elsaßlothringischen Mitteilungen Robert Ernst in Berlin nachgesagt.

Laurahütte u. Umgebung

Die Dienststunden bei der Gemeinde. Ab 2. Januar sind die Gemeindebüros täglich von 8—3 Uhr ununterbrochen geöffnet, am Samstag dagegen nur bis 2 Uhr nachm.

o. **Vom Silvester-Rummel.** Die Silvesternacht verlief bei uns in Siemianowice im allgemeinen ohne große Störung. In den ersten Abendstunden war es recht leer auf den Straßen und auch in den Gasthäusern. Einzelne Lokale hatten sogar um 11 Uhr wenige Gäste. Es zeigte sich hierbei, daß das Geld doch recht knapp ist; reicht es doch kaum zum täglichen Leben. Erst gegen 11 Uhr belebten sich die Straßen; das junge Volk, das zu Hause oder irgendwoanders gefeiert hatte, mußte doch auf die Straße, um sich zu beteiligen. Recht unangenehm machte sich die üble Knallerei bemerkbar. Obgleich das Schießen polizeilich streng verboten war, knallte es an allen Ecken und Enden, sogar noch am Neujahrsmorgen gegen 5 Uhr. Sonst verlief aber die Nacht bedeutend ruhiger als in den früheren Jahreswenden, obgleich immer noch genug geschrien wurde.

Die Kammerlichtspiele. Ab Dienstag bringen die Kammerlichtspiele wieder einen großartigen Film zur Vorführung, der die angenehme Bezeichnung hat: „Liebe mich, und die Welt ist mein“. Dieses Liebesdrama, dem Roman von Hans Bartschat entnommen, stellt einen Ausschnitt aus dem Wien der Vorkriegszeit, der einen Blick in eine heute schon unendlich weit zurückliegende Vergangenheit gewährt und durch die menschlichen Konflikte fesselt, die sich im Rahmen der interessanten Handlung in einer Folge prächtiger Bilder und Szenen abspielen. Näheres im heutigen Inserat und in unserer morgigen Ausgabe.

Sportliches

Die 1. Jugendmannschaft des K. S. 07 Laurahütte gewinnt den Preis aus den Jugendwerbespielen.

Eine große Weihnachtsfreude bereitete der K. S. 07 den Jugendmannschaften indem er zu den Weihnachtsfeiertagen Jugendwerbespiele veranstaltete. Vier Vereine wie: Sportfreunde Königshütte, Zalenze 06, Iskra und 07 Laurahütte haben hierzu ihre Jugendmannschaften gemeldet. Am 1. Feiertage spielten die Jugendmannschaften von

Zalenze 06 — Iskra 2:1 (2:1)

zusammen und konnte Zalenze nach schönem technischen Spiel seinen Gegner knapp aber sicher mit 2:1 schlagen. Das zweite Spiel hat 07 Laurahütte kampflos gewonnen, da Sportfreunde nicht gekommen ist. Im Entscheidungskampf trafen sich am 2. Weihnachtsfeiertage die Sieger des ersten Tages

Zalenze 06 — 07 Laurahütte 1:0 (1:0)

zusammen. Dieses Spiel hatte unter den sehr schlechten Platzverhältnissen viel zu leiden. Trotzdem wurden schöne Leistungen gezeigt und das zahlreiche Publikum kam voll auf seine Kosten. Beide Mannschaften spielten sehr aufopfernd und waren sich vollkommen ebenbürtig. Das Tor fiel in der ersten Halbzeit durch Nosczyk. Gut waren beim Sieger Blottisch, Sliwiok, Wiedera, Becalla und Gawron. Nosczyk hätte die Bälle schneller abgeben müssen. Bei Zalenze ragten Jakuttek, Großmann und Blitisch hervor. Dem Sieger ist eine bronzene Fußballfigur überreicht worden.

Gottesdienstordnung:

Kath. Pfarrkirche St. Antonius, Laurahütte.

Dienstag, den 3. Januar 1928.

6 Uhr: Requiem mit Kond. für verst. Johann und Martha Loskot.

6½ Uhr: Requiem mit Kond. für Josef Kolarczyk, Johann und Johanna Warzecha und für die Seelen im Fegfeuer.

Katholische Pfarrkirche Siemianowitz.

Dienstag, den 3. Januar 1928.

Für verst. Leo Waclawik, zwei Söhne, Franziska Gembala und Verwandte.

Zur Mutter von der immerwährenden Hilfe in best. Meinung.

Für verst. Joh. Baron, Wilhelm und Johanna Piske, Engelbert Golik.

Evangelische Kirchengemeinde Laurahütte.

Dienstag, den 3. Januar 1928.

7½ Uhr: Mädchenverein.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, Kościuszki 29.